

[25.03.2011]

Unterrichtminister Oliver Paasch spricht über eine bessere Vorbereitung für junge Wähler

»Pimp my brain!« für die Wahlen

»Politik ist lahm!«, »Wer interessiert sich denn schon dafür?« oder »Von Politik hab ich keinen Schimmer!« sind typische Sätze, die zur Sprache kommen, wenn man mit den meisten Jugendlichen über Politik redet. Unsere zukünftige Generation der Wähler scheint nicht besonders viel Ahnung oder Interesse von ihrer Pflicht als wählender Bürger zu haben. Wie kann man dieses Interesse wecken? Und: Wäre ein »Wahlführerschein« eine mögliche Lösung?



Chefredakteurin Anne Cremer im Interview mit Unterrichtsminister Oliver Paasch.

 Größeres Bild

Heutzutage muss man für jede noch so banale Handlung eine Bescheinigung aufweisen können, dass man auch wirklich dazu fähig ist. Traktor-, Gabelstapler-, Hebebühnenführerschein, Bedienerausweise für Kräne, und und und. Nur um die Pflicht als Wähler richtig ausüben zu können, darf man unqualifiziert bleiben. Viele Menschen wählen nur, weil sie es müssen, haben im Prinzip aber eigentlich keine richtige Ahnung von dem, was sie tun. Wäre ein Wahlführerschein da nicht auch angebracht? Zu diesem Thema stellten wir DG-Unterrichtminister Oliver Paasch einige Fragen und konnten uns am Ende so selber ein gutes Bild der Situation machen.

Auf die Frage, ob Herr Paasch eine Art des »Wahlführerscheins« überhaupt für möglich hält, antwortete er uns, dass dies eher schwer umzusetzen sei, da in der belgischen Verfassung das Gesetz »Ein Mann – eine Stimme« fest verankert ist und man keinem das Recht zu wählen nehmen darf. In diesem Falle müsse man die ganze Demokratie in Frage stellen, was, seiner Meinung nach, nicht korrekt sei. Viel eher sollte man beginnen, die Jugend besser auf ihre Aufgabe als Wähler vorzubereiten. Ab 2012 wird das in der DG der Fall sein. Vom 1. bis zum 2. Sekundarschuljahr wird die Politik mit in den Unterricht einfließen.

Neue Unterrichte

Im Geschichtsunterricht wird man zum Beispiel über die Entstehung der Demokratie und in Umweltkunde über den Klimaschutz reden. Den Schülern wird dort die Politik spielerisch näher gebracht. Bunte Bilder und leicht verständliche Erklärungen werden dabei als Hilfsmittel eingesetzt, um ihnen die eher trockene und theoretische Materie spannend näher zu bringen. Für 2013 sollen dann die anderen Schuljahre bis zum Abitur folgen.

So wird die Jugend in den nächsten Jahren hoffentlich das Interesse für die Regierungsarbeit entdecken und am Ende besser auf die Wahlen vorbereitet sein.

Jedoch darf man, wie auch der Unterrichtsminister betonte, nicht vergessen, dass die Schule nicht alles ausmacht. Auch die Eltern müssen ihren Teil zur politischen Bildung beitragen, immerhin verbringen die Kinder die meiste Zeit noch zuhause.

Zu guter Letzt müssen die Jugendlichen sich selber für ihre politische Bildung einsetzen, denn der beste Unterricht bringt nichts, wenn der Schüler währenddessen zum Fenster hinaus schaut. Diese Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen – also bei uns! Schließlich bilden wir alle unsere Regierung mit und sollten deshalb nicht leichtfertig mit diesen Entscheidungen umgehen.

Also: Wahlführerschein: Nein! Wahlvorbereitungen: Ja!

Anne Cremer